

Der Vollzugsdienst

6/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Es geht auch um die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Am 24. Januar 2023 startet die Tarifrunde mit 10,5 % - Forderung

Seite 2

Vom 6. bis 9. November: Bund/-Ländertreffen der BSBD-Landesverbände

12 Landesverbände folgten der Einladung nach Saarbrücken

Seite 18/39/63

Feierliches Richtfest in der Justizvollzugsanstalt Zwickau Marienthal

Sächsisches Investitions- und Baumanagement hatte eingeladen

Seite 65

Foto: Romolo Tavano / stock.adobe.com

WIR WÜNSCHEN
EIN FROHES WEIHNACHTSFEST
UND ALLES GUTE FÜR 2023 ...

... und haben ganz fest im Blick:

10,5%
500 Euro
mindestens

Grafik: DBB Bund



BADEN-WÜRTTEMBERG

Frau **Justizsenatorin Kreck**, auf der **Hessenseite 32** rufen wir Sie in die Verantwortung für die Gefangenenzzeitung „**der Lichtblick**“!!!
Wir erwarten Ihre Antwort in der nächsten Ausgabe des Vollzugsdienstes !!!

HESSEN



SACHSEN

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Vorwort des BSBD-Bundesvorsitzenden
René Müller
- 2 Tarifrunde mit 10,5-Prozent-Forderung
Es geht auch um die Zukunft des
öffentlichen Dienstes
- 4 Kommentar von Sönke Patzer:
Der öffentliche Dienst wird
kaputtgespart!
- 4 BSBD-Tarifseminar:
Die Waffen der Tarifpartner:
„Flagge zeigen“
- 5 dbb bundesfrauenvertretung:
„Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
ist kein Kavaliersdelikt“

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 15 Bayern
- 18 Berlin
- 22 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 28 Hessen
- 35 Mecklenburg-Vorpommern
- 39 Niedersachsen
- 44 Nordrhein-Westfalen
- 58 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 64 Sachsen
- 69 Sachsen-Anhalt
- 73 Schleswig-Holstein
- 78 Thüringen
- 67 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 1: 15. Januar 2023



ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 1: 14. Februar 2023



Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit der letzten Ausgabe 4/5 des „Vollzugsdienst“ ist einiges im Land geschehen. Einen kleinen Überblick habe ich in meinem aktuellen Vorwort aufgenommen. Ich wünsche viel Spaß beim Durchblättern und Lesen.

BSBD Landesgewerkschaftstage erfolgreich

Die BSBD-Verbandsarbeit setzt in 2022 zum Endspurt an. Gleich drei weitere BSBD-Landesgewerkschaftstage wurden erfolgreich durchgeführt. Mitte Oktober begann der Landesverband Baden-Württemberg seinen LGT, der mit der öffentlichen Veranstaltung am 16.10.2022 und einer Auszeichnung des bisherigen Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** mit der Stauffer-Medaille, der höchsten Ehrung des Bundeslandes für ehrenamtliche Tätigkeit, und dem BSBD-Ehrenvorsitz des Landesverbandes gipfelte. Neuer Amtsinhaber ist der Kollege **Michael Schwarz**. Ebenso erfolgreich führten die Landesverbände Sachsen und Sachsen-Anhalt ihre satzungsgemäßen Landesgewerkschaftstage durch. Der Kollege **René Selle**, der in der Tagung in Dresden ebenfalls zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde, gab den Landesvorsitz an **Thomas Porr** weiter. In Sachsen-Anhalt wurde Kollege **Mario Pinkert** im Amt bestätigt.

Allen neu gewählten und bestätigten Landesvorsitzenden und ihrer Mannschaft Erfolg und Kraft bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Selbstverständlich danken wir an dieser Stelle den bisherigen Amtsinhabern für ihre engagierte, zuverlässige und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen ihnen weiterhin persönlichen Erfolg.

(ausführliche Berichte der jeweiligen Landesverbände in dieser Ausgabe des Vollzugsdienstes).

Intensivere Zusammenarbeit mit der DPoIG (Bundespolizei)

Bei einem Treffen des BSBD-Bundesvorsitzenden **René Müller** und seinem Stellvertreter **Sönke Patzer** mit dem Bundesvorsitzenden der DPoIG-Bundespolizei, **Heiko Tegatz**, wurde in Fragen der inneren Sicherheit ein noch intensiverer Austausch und eine vernetztere Öffentlichkeitsarbeit verabredet. Seit Jahren pflegt der BSBD mit der DPoIG eine intensive Zusammenarbeit. Trotz der Zuständigkeit verschiedener Ministerien (Innenministerium / Justizministerium) verzeichnen wir zahlreiche Überschneidungen in der gewerkschaftlichen Arbeit. Bei der Besprechung standen neben dem

tagesaktuellen Geschäft die Auswirkungen der Pandemie, die mit dem Ukrainekrieg in Zusammenhang stehenden Herausforderungen an die innere Sicherheit, die Auswirkungen illegaler Migration, die Erkennung, Bekämpfung und sichere Inhaftierung von kriminellen fanatisch radikalen Elementen ebenso im Fokus, wie der Bewerbermangel und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Vollzugsdiensten. Im Rahmen der **AG Innere Sicherheit** innerhalb des **dbb** und auf bilateraler Ebene gelingt der intensive Austausch von Informationen und die gemeinsame Beratung auf nationaler Ebene zunehmend besser. Neben den Gesprächen mit der **DPoIG** wird nun auch das Zusammenwirken mit der **DPoIG-Bundespolizei** intensiviert.

Wahlen der dbb Bundesleitung auf dem kommenden dbb Bundesgewerkschaftstag in Berlin

Auf dem kommenden Bundesgewerkschaftstag des **dbb** werden durch das Ausscheiden einzelner Bundesleitungsmitglieder Neu/Nachbesetzungen erforderlich. Neben den bisherigen Amtsinhabern der Bundesleitung, dem Bundesvorsitzenden **Ulrich Silberbach** und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden für Tarif **Volker Geyer**, die erneut kandidieren, wird neben weiteren Kandidaten **Heiko Tegatz** für ein Amt in der Bundesleitung kandidieren. Der BSBD begrüßt und unterstützt die hier genannten Kandidaturen und hofft, dass die Bundesleitung den bislang eingeschlagenen Weg unter der Berücksichtigung der Belange des deutschen Justizvollzuges weiter intensiviert.

Blackouts in Justizvollzugsanstalten sind unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich

Immer wieder geistern Horrorszenarien und Apokalypse-Warnungen eines flächendeckenden Blackouts durch die deutsche Medienlandschaft u. a. auch im Bereich der Justizvollzugsanstalten. Da ist u. a. die Nachfrage zu Ausbrüchen, Zwangsentlassungen von Gewaltverbrechern und einer möglichen Anarchie unter Insassen. Ein sehr unwahrscheinliches Szenario, nicht unmöglich, aber momentan auch kein Grund zur Panikmache.

Der BSBD und seine Landesverbände haben rechtzeitig auf die Sicherstellung der Versorgung von Insassen zu Beginn des Ukrainekrieges und möglichen Auswirkungen hingewiesen, damit die Sicherheit der deutschen Bevölkerung jederzeit gewährleistet ist. Selbstverständlich sind die Justizministerien gut beraten, sich im Rahmen des Katastrophenschutzes mit anderen Behörden abzusprechen und den Justizvollzug als Teil der kritischen Infrastruktur in den Bereich Einleitung von Sofortmaßnahmen einzubeziehen. Justizvollzugsanstalten sollten sich vorbereiten und die etwaige Lage längerfristiger Störung oder Ausfalls der Energieversorgung durchsprechen und vor allem einen Plan zu entwickeln, welche Sofortmaßnahmen innerhalb der jeweiligen JVA eingeleitet werden müssen. Vor allem ist es unabdingbar, dass die Mitarbeiter bei der Entwicklung und Planung miteinbezogen werden und nach Fertigstellung eines „Masterplans“ über die Zuständigkeiten unterrichtet und in die unmittelbar im Zusammenhang mit einem Energieausfall stehenden Tätigkeiten eingewiesen sind. Angesichts der Vorbereitungszeit und der bevorstehenden Möglichkeit eines Blackouts wäre eine auftretende Gefährdung der inneren Sicherheit des Justizvollzuges der deutschen Bevölkerung schwer vermittelbar.

Ein „auf Sicht Fahren“, wie wir es in der Hochzeit der Coronapandemie erlebt haben, ist vermeidbar. Die Personalräte und die BSBD-Landesverbände stehen für Nachfragen bei der Vorbereitung der Planung für Sofortmaßnahmen sicher jederzeit zur Verfügung.

René Müller ■



Foto: BSBD

Sönke Patzer, Heiko Tegatz (DPoIG-Bundespolizei) und René Müller.

Tarifrunde mit 10,5-Prozent-Forderung

Es geht auch um die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Grafik: DBB Bund



Am 24. Januar kommenden Jahres startet die Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen. Es dürften wegweisende Verhandlungen werden – durchaus mit Signalwirkung auch für die Beschäftigten der Länder, deren aktueller Tarifvertrag noch bis September 2023 läuft. Für Bund und Kommunen gehen die Gewerkschaften jetzt mit einer Lohnforderung ins Rennen, wie es sie in dieser Höhe lange nicht gegeben hat. Wir erläutern, warum diese Tarifrunde so große Bedeutung hat. Und wie gut die Chancen stehen, dass am Ende alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr Geld im Portemonnaie haben.

Ist die Tarifforderung der Gewerkschaften tatsächlich außergewöhnlich hoch?

10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt – das ist schon eine echte Ansage der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Liegt doch die Forderung für die 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen noch einmal deutlich über der 8-Prozent-Forderung der Industriegewerkschaft Metall.

Gerade vor Tarifverhandlungen in schwierigen Zeiten hat die IG Metall nicht selten den Ton angegeben. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wiederum argumentieren immer wieder, dass sie von der allgemeinen Lohnentwicklung nicht abgehängt werden dürften.

Mit ihrer Forderung für die im Jahr 2023 beginnende Tarifrunde demonstrieren sie nun, dass sie es wirklich ernst meinen.

Können die Gewerkschaften gute Gründe für ihre Forderung vortragen?

Durchaus. Die Preise in Deutschland sind drastisch in die Höhe geschossen, im September betrug die Inflationsrate 10 Prozent und war damit in etwa so hoch wie zuletzt 1951. Ein Ende der Energiekrise ist nicht absehbar. In dieser schwierigen Lage, so argumen-

tieren Deutscher Beamtenbund und DGB, müssten weitere Reallohnverluste und der in einer Rezession drohende Abstieg vieler Beschäftigter verhindert werden. So fordern die Gewerkschaften ausdrücklich, dass die Lohnerhöhung mindestens 500 Euro betragen muss. Damit legen sie ein besonderes Augenmerk auf die Beschäftigten in den unteren Gehaltsklassen.

Geht es denn ausschließlich um höhere Gehälter?

Vordergründig ja – was eindeutig der Krise geschuldet ist. Forderungen etwa des Deutschen Beamtenbundes nach einem Abbau des Überstundenberges, einer Reduzierung der Arbeitszeit und einer langfristigen Personalplanung werden in den Tarifverhandlungen keine unmittelbare Rolle spielen.

Und doch soll die Tarifrunde auch dazu dienen, die Attraktivität des Staates als Arbeitgeber zu erhöhen, wie **dbb** Chef Ulrich Silberbach betont. Im öffentlichen Dienst fehlten schon jetzt 326.400 Beschäftigte, da sei die Nachwuchsgewinnung von existenzieller Bedeutung.

An positiven Impulsen beim Thema Bezahlung fehle es aber. Eben das soll sich nun ändern – und darum ist diese Tarifrunde so wichtig für die Zukunft des gesamten öffentlichen Dienstes.

Wie reagieren die Arbeitgeber auf die Tarifforderung der Gewerkschaften?

Gerade die kommunalen Arbeitgeber verweisen – wie so oft vor Tarifverhandlungen – auf ihre schwierige finanzielle Lage, die sich durch die Corona-Pandemie und die hohe Inflation noch einmal verschärft habe.

Was die Gewerkschaften forderten, sei „schlicht nicht leistbar“, sagt **Karin Welge**, die Präsidentin und Verhandlungsführerin der kommunalen Arbeitgebervereinigung **VKA**. Auch der Bund verweist auf die generell angespannte Haushaltslage.

Bundesinnenministerin **Nancy Faeser (SPD)** zeigte sich zuversichtlich, dass man in den Tarifverhandlungen „gute und sachgerechte Lösungen“ finden werde. Sie betonte, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine wertvolle und unverzichtbare Arbeit leisteten. „Sie sorgen dafür, dass unser Staat handlungsfähig ist, gerade in Krisenzeiten.“ In diesem Punkt zumindest sind der Bund und die Gewerkschaften einer Meinung.

Haben die Arbeitgeber nicht recht, wenn sie die Lohnforderung unter Hinweis auf die leeren öffentlichen Kassen zurückweisen?

Richtig ist sicherlich, dass die öffentlichen Kassen derzeit besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Richtig ist aber auch, dass der Staat nicht nur Verlierer der Krise ist. So zeigt die Ende Oktober veröffentlichte Steuerschätzung, dass Bund, Länder und Gemeinden bis zum Jahr 2026 mit einem Steuerplus von gut 126 Milliarden Euro rechnen können. Vor allem die hohe Inflationsrate führt zu den Steuermehreinnahmen. Bei allen Unsicherheiten und all den hohen Kosten durch die bereits geschnürten Entlastungspakete kann man also feststellen: Es ist durchaus Geld in der Kasse.

Was gibt es sonst für Reaktionen auf die Tarifforderung?

Das Echo in den Medien fiel unterschiedlich aus. Die „Süddeutsche Zeitung“ bewertet die 10,5 Prozent-Forderung so: „Die Gewerkschafter wollen nicht mehr, als die Teuerung ausgleichen und Wenig- und Mittelverdiener noch etwas stärker schützen; von ihnen gibt es im öffentlichen Dienst viele. Was, wenn nicht das, ist die Aufgabe einer Gewerkschaft?“ Die „FAZ“ dagegen spricht von einer „maßlosen“ For-

derung. Mit dem eingebauten Mindestbetrag von 500 Euro reiche sie fast „an jene 15-Prozent-Forderung aus der berechtigten Tarifrunde von 1974 heran“. Das „Handelsblatt“ kommt schon in der Überschrift seines Online-Kommentars zu dem Schluss: „Gewerkschafter, die bei dieser Inflation Zurückhaltung üben, hätten ihren Beruf verfehlt.“ Das Blatt mahnt aber zugleich einen „verantwortungsvollen Tarifabschluss“ an.

Und die „Sächsische Zeitung“ kommentiert: „Die geforderten umfangreichen Erleichterungen für die eigene Klientel, so nachvollziehbar sie auch sein mögen, dürften die Spannungen im Land eher verschärfen statt diese abzubauen.“

Wie stichhaltig ist das Argument, dass zu hohe Tarifabschlüsse die Inflation befeuern?

Der Mechanismus ist bekannt: Hohe Preise führen zu hohen Lohnforderungen. Dadurch steigen die Kosten für Unternehmen, die dann wiederum die Preise erhöhen, was wiederum zu hohen Lohnforderungen führt. Vor einer solchen Spirale und einer Verstärkung der Inflation in Deutschland hat

die Bundesbank bereits im August gewarnt. Andererseits gilt: Ordentliche Lohnerhöhungen sorgen dafür, dass die Kaufkraft erhalten bleibt, was wiederum der Wirtschaft zugute kommt. Und: Bislang ist den Gewerkschaften in Deutschland immer attestiert worden, dass sie den Bogen – auch und gerade in den Krisen der Vergangenheit – eben nicht überspannt haben.

Werden die Beschäftigten für die Durchsetzung der Forderung streiken müssen?

Davon muss man ausgehen. Schon in der Vergangenheit, als es um wesentlich niedrigere Lohnforderungen ging, haben sich Bund und Kommunen – wie ja auch die Länder – als zähe Verhandlungspartner gezeigt.

Auf der anderen Seite dürfte die Streikbereitschaft vieler Beschäftigter hoch sein. „Die Stimmung in den Betrieben und Behörden des öffentlichen Dienstes war noch nie so schlecht“, sagt der dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. Veraltete Ausstattungen, steigende Arbeitsbelastungen und hohe Krankenstände führten zu einer sinkenden Motivation der Beschäftigten.

Wo könnte eine Kompromisslinie im Tarifstreit liegen?

Bemerkenswert ist der jüngste Pilotabschluss für die Beschäftigten der Metallindustrie. Hier steigen die Löhne und Gehälter in zwei Stufen um insgesamt 8,5 Prozent – bei einer Laufzeit von zwei Jahren. Hinzu kommt eine steuerfreie Pauschale von insgesamt 3.000 Euro. Damit greifen die Tarifparteien auf ein Angebot der Bundesregierung zurück, die zugesagt hatte, bei Zusatzzahlungen der Arbeitgeber bis zu dieser Höhe auf Abgaben und Steuern zu verzichten. Der Metaller-Abschluss wie schon zuvor der etwas niedrigere Tarifabschluss in der Chemieindustrie zeigt: Angesichts der hohen Inflation können die Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchsetzen, die deutlich über denen der vergangenen Jahre liegen – sogar ohne große Streiks. Was das für den öffentlichen Dienst bedeutet, ist noch unklar. Vom Thema Zusatzzahlung etwa halten dbb und ver.di nicht viel. Einmalzahlungen führten eben nicht zu einer dauerhaften Einkommenssteigerung, wie sie angesichts der anhaltenden Inflation nötig sei, argumentieren sie. Volker Goebel ■



Was auch kommt: Ich bleibe in Balance.
Mit meinem Einkommenschutz.

Mit **SI WorkLife** können Sie Ihr Einkommen jetzt ganz individuell schützen und drohende Einkommensverluste abfedern. Wir bieten passgenaue Lösungen, mit denen Sie genau das versichern können, was Sie wirklich brauchen. Ihr persönlicher Betreuer der SIGNAL IDUNA Gruppe oder auch unsere Ansprechpartner vor Ort beraten Sie gerne.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, oed-info@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Kommentar von Sönke Patzer

Der öffentliche Dienst wird kaputtgespart!

Es wird für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich bei einer Laufzeit des Tarifvertrags von zwölf Monaten gefordert.

Des Weiteren sollen die Ausbildungsvergütung und das Praktikantenentgelt um 200 Euro monatlich angehoben werden. Dies hat die Bundestarifkommission der Gewerkschaft beschlossen.

Das Ergebnis soll später zeit- und wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte, Richter*innen, Soldatinnen und Soldaten sowie Versorgungsempfänger*innen übertragen werden.

Große Entrüstung auf der Arbeitgeberseite. Die VKA kritisiert die Höhe der Forderungen: „Die Umsetzung der Forderungen sind in dieser Form einfach nicht leistbar.“

Meine Damen und Herren! Sie sind so berechenbar.

Es hätte jeden gewundert, wenn hier einmal eine andere Aussage erfolgt wäre. Die Arbeitgeber sehen nicht oder wollen es nicht sehen, dass in den nächsten 10 Jahren mehr als 1,25 Millionen oder anders ausgedrückt 27 Prozent der Beschäftigten altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden werden.

Wenn man die zu erwartenden Neueinstellungen abzieht, wird es eine Personallücke von mehreren Hunderttausend Beschäftigten geben, die dem öffentlichen Dienst fehlen werden, um all die Aufgaben zu erfüllen, die der jetzige Personalstamm schon nicht mehr bewältigen kann.

Eine **dbb-Analyse** zeigt, dass in der Kommunalverwaltung aktuell 145.800 Stellen unbesetzt sind. Hinzu kommen

45.000 freie Stellen in der Kranken- und Altenpflege. Insgesamt fehlen bis dato 326.400 Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Dieser Fachkräftemangel geht auf Kosten der Bürger in unserem Land. Hier wird der öffentliche Dienst kaputtgespart.

Die nun auch noch hohe Inflationsentwicklung, Energie- und Lebensmittelpreise reißen tiefe Löcher in die Haushaltskassen aller Mitarbeiter*innen.

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat – lag im September 2022 bei plus 10,0 Prozent.

Die Inflationsrate hat sich damit nach plus 7,9 Prozent im August 2022 sprunghaft erhöht und verweilt seit sieben Monaten oberhalb von 7 Prozent.

Es muss eine Sicherung der Einkommen durch einen Inflationsausgleich besonders für alle Beschäftigten in den mittleren und eher niedrigen Einkommensgruppen garantiert werden.

Und wieder wird mit einer Summe von 3.000 Euro jongliert. Sie soll Begehrlichkeiten wecken und von der Hauptforderung der Gewerkschaften ablenken.

Wieder einmal Werkzeug der Arbeitgeberseite.

Was nutzen mir diese 3.000 Euro, wenn ich monatlich keinen Zuwachs im Gehalt habe?

Die 3.000 Euro sind schnell ausgegeben. Doch der monatliche Zuwachs, den ich bei 10,5 Prozent oder 500 Euro habe, bleibt über den ganzen Zeitraum bestehen.

Quelle:

dbb beamtenbund und tarifunion

BSBD-Tarifseminar:

Die Waffen der Tarifpartner: „Flagge zeigen“



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am BSBD-Tarifseminar begrüßten die Forderung der Gewerkschaften nach einer Erhöhung der Einkommen um 10,5 Prozent. Foto: BSBD

Tatsache ist, dass im kommenden Jahr Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst anstehen. Den Beginn machen Bund und die Kommunen noch in diesem Jahr.

Der Seminarort Berlin war gut gewählt, da am ersten Tag die Forderungen der Gewerkschaften offiziell bekannt gemacht wurden.

Die **dbb-Spitzen** fordern zusammen mit **ver.di** eine Anhebung des Einkommens um 10,5 %.

Die Forderung wurde unisono von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars begrüßt.

Die Eröffnung des Referentenreigens machte die Kollegin **Christine Jurgielewicz**, die die **Geschichte der Tarifverhandlungen** als Thema hatte.

Im Anschluss referierte **Winfried Conrad** über die **Erwartungen der Zukunft für den Bereich der Tarifbeschäftigten**. In einer sehr engagierten Diskussion wurde die Problematik intensiv erörtert.



Sönke Patzer.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag des Kollegen **Sönke Patzer**. **Sönke Patzer** ist der in der Bundesleitung zuständige Tarifbeauftragte. Er ist ein erfahrener und kompetenter Tariffachmann für die Bereiche des bundesdeutschen Justizvollzuges. Er berichtete eindrucksvoll über den praktischen Ablauf und seinen Erfahrungen aus vielen Verhandlungen auf Bundesebene.

Tarifverhandlungen – wie verhalte ich mich? lautete das Thema des Seminars am Nachmittag.

Als Referent hatte der Seminarleiter den Kollegen **Hohndorf** von der **dbb Geschäftsstelle** verpflichten können. Der Kollege erläuterte zunächst detailliert über die Rechtmäßigkeit von Arbeitskämpfen und die Auswirkung auf das Einzelarbeitsverhältnis. Eckpunkte wie Friedenspflicht, Notdienste, Solidaritätsstreik und Flashmob (streikbegleitende Aktion um kurzfristige und überraschende Betriebsstörungen herbeizuführen) waren Inhalte des Vortrages. Auch die Auswirkungen einer Streikmaßnahme auf die Entgeltansprüche, Zeiterfassung, Sozial-Renten- und Krankenversicherung wurden thematisiert.

Der letzte Tag gehörte unserem Bundesvorsitzenden **René Müller**. Kollege **Müller** diskutierte mit den anwesenden Kolleginnen und Kollegen über die Ausrichtung des **BSBD** bei den im Jahr 2023 beginnenden Verhandlungen zum TVL.

Ideen und Vorschläge für Aktionen anlässlich der Tarifverhandlungen wurden erörtert, aber auch schon konkrete Streikbereiche und Ziele formuliert.

Zum Abschluss wurde angeregt und beschlossen, im nächsten Jahr ein weiteres Tarifseminar anzubieten. ■

dbb bundesfrauenvertretung

„Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist kein Kavaliersdelikt“

Hauptversammlung am 22./23. September 2022 in Stuttgart

Milanie Kreutz, Vorsitzende **dbb bundesfrauenvertretung** und gleichzeitig Moderatorin, hatte die nachfolgend genannten Frauen zu einem politischen Gespräch eingeladen.

- **MdL Alena Trauschel, FDP,**
- **MdL Stefanie Seemann, Bündnis 90/ Die Grünen,**
- **MdL Dorothea Klieke-Behnke, SPD,**
- **MdL Isabell Huber, CDU,**
- **Verena Hahn**, zweite Vorsitzende **Landesfrauenrat,**
- **Heidi Deuschle**, Vorsitzende **Frauenvertretung BBW.**

Die Eingeladenen äußerten ihre eigenen Erfahrungen zum Thema wie folgt: von ...

- keine Erfahrung/Begegnung,
 - nicht erlebt bis oft erlebt,
 - ist vorgekommen,
- ... war alles dabei. – Eine breite Palette.

Schwerwiegendes Thema auch im Strafvollzug

„Sexuelle Belästigung“ war und ist auch ein schwerwiegendes Thema im Strafvollzug, worüber kaum jemand reden und sich offenbaren möchte. Die betreffenden Situationen ergeben sich im Arbeitsalltag. Weil es den Betroffenen Frauen peinlich ist, hüllen sie sich in Schweigen. WARUM? Die Opfer erhalten keinerlei Opferschutz und werden zum Teil gebrandmarkt. Der Landesfrauenrat beklagt: Viele unserer Forderungen zum Thema „Sexuelle Belästigung“ bestehen seit Jahren, aber passiert ist kaum etwas.

Sexuelle Belästigung ist ein gesamtgesellschaftliches Thema und da ist Jede und Jeder gefragt.

In manchem Führungsverhalten zeigt sich außerdem, dass Machtstrukturen ausgenutzt werden. Ein gesellschaftliches Problem ist es deshalb, weil es üblich ist, Dinge/Sprüche im Alltag hinzunehmen, ohne dass Betroffene reagieren. Dass es hierbei um Diskriminierung, Machtgehebe und um Karriere geht, wird dem Opfer oft erst später bewusst. Unter Führungskräften gibt es immer noch Äußerungen wie: „dass es angeblich so etwas nicht gibt.“

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: „es ist gängige Praxis und ganz alltäglich üblich im Umgang miteinander. Da treten Äußerungen, von dezent beleidigend bis widerlich aufdringliche Anmache ans Tageslicht.“

In verschiedenen Bereichen gibt es auf Grund von absichtlicher Ignoranz eine Betriebskultur, die sehr negativ auf die Teams wirken, und es fehlt an Umsetzung neuer Strukturen. Es sollten Ansprechpartner vorhanden sein, die die Opfer, wenn es sein muss, bis zu einem Gerichtsverfahren begleiten.

Unsere Forderungen sind:

- Kontaktstellen schaffen und umsetzen, um damit ein Flickenteppich zu stopfen.
- Dienstvereinbarungen abzuschließen, um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorzubeugen und zu ahnden.
- Ressourcen schaffen, dass bspw. geeignete Führungskräfte sich um die Opfer zu kümmern
- Handlungsspielräume schaffen, um das Thema Raum zu geben und darüber zu reden.

Diese Forderungen empfinden meine Kollegin vom Sächsischen Beamtenbund **Margit Liebsch** und ich als angemessen und nicht übertrieben, im Gegenteil, sie sind immer noch nicht ausreichend. Es muss noch mehr getan werden. Das Schlimmste was einem als Opfer passieren kann, ist ausgelacht, als unglaubwürdig dargestellt und allein gelassen zu werden, weil die Betriebskultur billigend in Kauf nimmt, was geschieht und sexuelle Belästigung als Kavaliersdelikt ansieht.

Ingrid Bernhardt ■



(v.l.n.r.): Margit Liebsch, Milanie Kreutz und Ingrid Bernhardt.

Der BSBD
wünscht allen
Kolleginnen und Kollegen,
ihren Familien sowie
den Leserinnen und Lesern
des "Vollzugsdienst"
ein beschauliches
Weihnachtsfest und ein
gesundes neues Jahr.

Unseren diensthabenden
Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern
wünschen wir
ausreichend Personal
über die Feiertage
und einen
stressfreien Dienst.



Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/dbb

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften eintauchen.